

Kommunisten aufklärte, präzisierte in Karlshorst Hochkommissar Semjonow seinen Mitarbeitern gegenüber, was er mit dem Satz gemeint habe, daß die Sowjetunion ihre außenpolitische Konzeption überprüfen müsse.

Nach einer verbürgten Karlshorster Version sagte Semjonow sinngemäß: Durch den „verhängnisvollen Ausgang“ der Bundestagswahlen sei eine völlig neue Lage geschaffen worden, so daß die Grundlage der bisherigen sowjetischen Verhandlungsangebote und Konzessionsbereitschaft auf jeden Fall revidiert werden müsse.

Wie weit diese Konzessionsbereitschaft im Falle einer Verständigungsbereiten westdeutschen Regierung hätte gehen können, deutete Semjonow vage an. Er informierte seine Zuhörer von Gesprächen, die offizielle deutsche und polnische Verhandlungspartner — auf sowjetische Veranlassung — um den 20. August herum geführt haben.

Als Quintessenz der zu erwartenden sowjetischen Reaktion auf das westdeutsche Wahlergebnis notierte ein Dolmetscher folgenden Satz: „Die Sowjetunion fühlt sich durch die bisher latente und durch das Wahlergebnis bestätigte restaurative Tendenz in der westdeutschen Politik beunruhigt und muß als Konsequenz der bisherigen Konzessionspolitik eine Vertiefung der Spaltung vorziehen.“

Was sich weiterhin aus dieser sowjetischen Verstimmung zusammenbrauen kann, deutete der erste Sekretär der Berliner SED, Alfred Neumann, auf einer vertraulichen Sitzung Ostberliner Funktionäre an. Neumann will Störtrupps nach Westberlin schicken, um den Westberlinern erneut das Blockadegefühl der Unsicherheit zu injizieren. Parallel zu organisierten SED-Tumulten will auch der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst „Spezialeinsätze“ in Westberlin starten. Nähere Angaben machte der Berliner SSD-Chef Morgenthal seinen Kommissaren in Gegenwart von SSD-Staatssekretär Ernst Wollweber.

Alliierte Nachrichtendienste stellen bereits seit geraumer Zeit eine verstärkte Aktivität von Ostspitzeln fest.

WAHL-ANALYSE

Der Adenauer-Sog

In den ersten Septembertagen hatte sich in Lausanne am Genfer See eine Reihe von Leuten getroffen, die für die Großen dieser Zeit etwa das ist, was Seni für Walenstein war. Es war der Kongreß 1953 der „World Association of Public Opinion“. Prominentester Teilnehmer war George H. Gallup aus Amerika, der das System populär gemacht hat, einen ausgesuchten Bruchteil der Bevölkerung zu befragen und aus den Antworten Rückschlüsse auf die Meinung der Gesamtheit zu ziehen.

Was Wunder, daß sich in jenen letzten Tagen vor der Bundestagswahl zwei Kongreß-Teilnehmer, die aus Deutschland gekommen waren, im Hotel Beau Rivage zusammensetzten: Dr. Leo Crespi vom US Reactions Analysis Staff in Bonn-Mehlem, der die alliierten Hochkommissare durch Bevölkerungsumfragen unterrichtet, und Dr. Elisabeth Nölle-Neumann, 36, vom Institut für Demoskopie in Allensbach am Boden-



Neue Ruhrzeitung

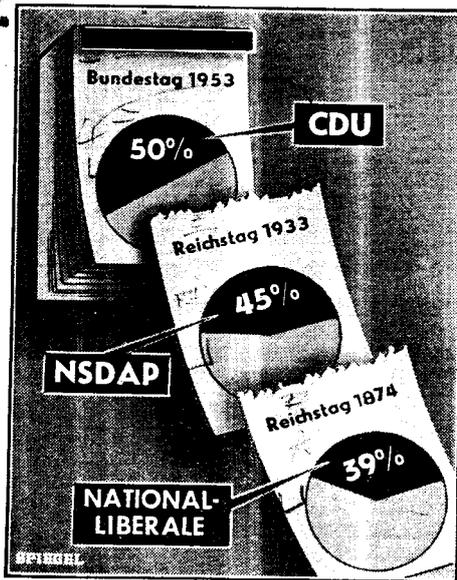
Der Letzte der Mohikaner

see, deren Institut Konrad Adenauer schon seit langem demoskopisch berät.

Leo Crespi und Elisabeth Nölle-Neumann verglichen ihre Prognosen für den Ausgang der Bundestagswahlen. Die Allensbacherin hatte sich schon ziemlich festgelegt. Bereits am 8. August, also rund vier Wochen vor dem Wahltag, waren durch das Institut für Demoskopie der deutschen Redaktion von Henry R. Lucas „Time“-„Life“-Konzern auf Anfrage diese „Forecasts“ übermittelt worden:

„Die CDU/CSU gewinnt die Wahl eindeutig. Ihr Vorsprung vor der SPD wird erheblich größer sein als bei der letzten Bundestagswahl 1949. Nach dem Anteil der abgegebenen Stimmen für die Landesliste folgt dann an dritter Stelle wiederum die FDP. An vierter Stelle wird jetzt der Gesamtdeutsche Block (BHE) stehen, der bei der letzten Wahl zum Bundestag noch nicht kandidierte. Die Deutsche Partei nimmt den fünften Platz ein. Die bisherigen Regierungsparteien werden die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinen.“

Diese Prognose schien nicht nur „Time“ zu optimistisch; selbst im sonst sieges-sicheren Umkreis Konrad Adenauers gab es deswegen etwas Unbehagen. Am Genfer See jedoch mußte Elisabeth Nölle-Neumann feststellen, daß Leo Crespis US-Stab für den Kanzler Adenauer noch günstigere Prognosen zusammengefragt hatte:



Stärkste Fraktionen dreier Epochen
Kaiserreich, Weimar, Bonn

Allensbach US-Mehlem Tatsächliches

	Allensbach	US-Mehlem	Tatsächliches Ergebnis
CDU/CSU	36,5 %	48 %	45,1 %
SPD	29,5 %	36 %	28,9 %
FDP	10,0 %	6 %	9,8 %
BHE	8,0 %	3 %	5,7 %
DP	4,5 %	2 %	3,3 %
Sonstige	11,5 %	5 %	7,2 %
	100,0 %	100 %	100,0 %

In einer letzten, am Samstag vor der Wahl veröffentlichten Prognose hatten die Demoskopien der CDU/CSU eine Chance für 38,5 Prozent aller Stimmen eingeräumt. „Wir haben immer auf die Bedeutung des Wetters hingewiesen. Das Schönwetter hat die hohe Wahlbeteiligung verursacht. In unserer letzten Umfrage hatten wir nur noch fünf Prozent unentschiedener Wähler. Diese haben offenbar ausnahmslos dem Adenauer-Sog nachgegeben.“

An Hand von mancherlei Fragen, die nicht unmittelbar auf die Wahl Bezug haben und die in bestimmten Zeitabständen immer wieder an 2000 Testpersonen gestellt wurden, hat der Gatte von Dr. Elisabeth Nölle-Neumann und Leiter der politischen Abteilung von Allensbach, E. P. („Bubi“) Neumann, 41, Konrad Adenauers Wahlsieg analysiert und diese Anhaltspunkte gefunden:

● Adenauers Sieg sei entscheidend auf das Nachlassen der wirtschaftlichen Existenzfurcht in der westdeutschen Bevölkerung zurückzuführen.

Die Opposition habe den entscheidenden psychologischen Fehler gemacht, in ihrer Wahlpropaganda soziale Thesen herauszustellen, die sogar nur noch von einem Teil ihrer Anhänger bejaht wurden. Neumann fragte im Oktober 1952 und im Juli 1953 einen Repräsentativquerschnitt: „Manche Leute sagen, Westdeutschland ist für die Reichen ein Paradies und für die Armen eine Hölle. Was meinen Sie dazu: stimmt das, oder stimmt das nicht?“

Die Antworten:

	Oktober 1952	Juli 1953
Stimmt nicht	53 %	62 %
Stimmt	27 %	20 %
Weiß nicht	20 %	18 %
	100 %	100 %

Neumanns zweite These für den Kanzlererfolg bei den Massen der Wählerschaft:

● Die allgemeine Angst vor einem neuen Krieg habe merklich nachgelassen.

Das führe zu einer wachsenden Bereitschaft, die Adenauersche Wiederbewaffnungspolitik zu tolerieren. Da nach den Umfragen mehr als die Hälfte der Bevölkerung entweder der Beteiligung deutscher Truppen an einer Europa-Armee oder einer selbständigen deutschen Armee zustimme, habe die Propaganda gegen einen Wehrbeitrag von vornherein nur bei einer Minderheit Echo finden können.

Diese politisch-psychologische Disposition der öffentlichen Meinung hat — nach Neumann — mit Sicherheit erwarten lassen, daß die Gesamtdeutsche Volkspartei des Bundesinnenministers a. D. Gustav Heine-mann Schiffbruch erlitt.

Neumanns diesbezügliche Umfrage im Juli 1953: „Wissen Sie zufällig, wie die Partei heißt, die vor einiger Zeit von dem ehemaligen Innenminister Heinemann und von Helene Wessel gegründet worden ist?“ Richtige Angaben machten fünf Prozent der Befragten, falsche Angaben zehn Prozent, von der GVP nie etwas gehört hatten 85 Prozent.

1951 und 1952 hatte die Mehrheit der Befragten von der Bundesregierung — nach Neumanns Unterlagen — in erster Linie erwartet, daß sie die wirtschaftliche Lage verbessere. 1953 meinten die meisten, die Wiederherstellung der Einheit Deutsch-

lands sei am wichtigsten. Die Zuversicht, daß dies ohne Krieg möglich sei, wuchs.

Das Verdienst an dieser Entwicklung habe die öffentliche Meinung ausschließlich der Regierung, nicht der Opposition zugeschrieben. Die in den politischen Kreisen immer wieder diskutierte Auffassung, der Bundeskanzler sei ein Gegner der Einheit, habe in den breiten Schichten der Bevölkerung niemals Widerhall gefunden.

Das persönliche Prestige Dr. h. c. Adenauers habe den Wahlausgang indessen am stärksten beeinflußt. Die Masse der Bevölkerung habe einen direkten Zusammenhang zwischen der Person des Kanzlers und der Mehrung ihres Wohlstands gesehen. Auch die Annahme, Adenauer werde als „zu klerikal“ empfunden, ist nach E. P. Neumann „eine intellektuelle Konstruktion ohne Verankerung nach unten“.

Auf die Frage: „Glauben Sie, daß Adenauer in erster Linie das Beste für Deutschland will, oder hat er andere Interessen, die ihm wichtiger sind?“, haben im Juli 1953 66 Prozent gemeint, er wolle das Beste für Deutschland, und nur drei Prozent, er vertrete die Interessen der katholischen Kirche (der Rest wußte nichts oder machte andere Angaben).

Zusammenfassend und unter Hinweis auf rund tausend politische Fragen, die das Allensbacher Institut untersucht hat, meinen die Demoskopisten, es werde spannend sein, den weiteren Verlauf der öffentlichen Meinung zu verfolgen.

Nach den Wahlen von 1949 habe für die CDU/CSU ein scharfer Stimmungswall eingesetzt. Auch im Moment interessiere sich die überwiegende Masse der Wählerschaft nicht für die Probleme, die in Bonn zwischen den Fraktionen erörtert werden. So werde sich die Stimmung danach richten, wie es im Portemonnaie des kleinen Mannes aussehe.

„So ist Adenauer“, sagt des Kanzlers Demoskop E. P. Neumann, „ein Mann, der zur Wirtschaftspolitik kaum ein Verhältnis besitzt, von der Leistung seines Ökonomen Ludwig Erhard abhängiger, als er es weiß und wahrhaben will.“

BUNDESTAG

Verschwundene Gesichter

Genau 4040 Kandidaten und Kandidatinnen waren in den letzten Augustwochen angetreten, um sich auf den Wogen des Vertrauens der Wählerschaft in den zweiten Deutschen Bundestag tragen zu lassen. 3553 davon haben Wasser schlucken müssen und sind untergegangen. Die 487, die es schafften, werden am 6. Oktober im erweiterten Plenarsaal des weißen Hauses am Rhein zuhören können, wenn der älteste Bundestagsabgeordnete, Konrad Adenauer, als Alterspräsident die erste Sitzung eröffnen wird.

Die 260 Parlamentarier, die ihr Mandat aus dem ersten in den zweiten Bundestag tragen konnten, werden sich an 227 Gesichter von bundesparlamentarischen Neulingen gewöhnen müssen, die an die Stelle jener vertrauten 160 Antlitze von MdBs getreten sind, deren parlamentarische Tätigkeit nach vier Jahren Bonn zu Ende gegangen ist.

Verschwunden aus dem Parlament sind unter anderem endlich jene vier Abgeordneten, denen der Deutsche Bundestag vor über zwei Jahren, nämlich am 8. Juni 1951, mit Mehrheit empfohlen hatte, ihr Mandat niederzulegen: die Abgeordneten Aumer („Schmieröl-Aumer“), Freiherr von Aretin, Schmidt-Bayern („Aus purer Dummheit?“ — „Jawohl!“) und Volkholz. Die vier hatten die Empfehlung ihrer Kollegen, die an sie in Konsequenz der Untersuchungen des SPIEGEL-Ausschusses ergangen war, keineswegs befolgt. Im Gegenteil: Die

Bayernpartei hatte es sogar für richtig gehalten, zwei von ihnen zur Wahl des neuen Bundestages den Wählern erneut zu präsentieren, und zwar Anton Freiherrn von Aretin im Wahlkreis Vilshofen und Ludwig Volkholz im Wahlkreis Deggendorf.

Während der Freiherr 1949 noch 36,7 Prozent der Stimmen seines Kreises auf sich hatte vereinen können und damit als Vertreter der stärksten Partei des Kreises in direkter Wahl nach Bonn zog, hat er es jetzt nur noch zu 17,1 Prozent der Zweitstimmen gebracht. Er wurde überzeugend von dem CSU-Kandidaten Franz Unertl geschlagen, der die Hälfte aller Stimmen im Kreis bekam (siehe „Briefe“).

Ähnlich wie dem Freiherrn von Aretin erging es seinem Parteifreund Ludwig Volkholz. 1949 war er noch mit 35,4 Prozent der Stimmen erfolgreichster Kandidat des



Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung

Der neue Bonner 6-Zylinder: „Na, Chef, was sagen Sie nun? Einfachste Handhabung, kein Linksdrall mehr, fährt, wohin Sie wollen, vier Jahre Garantie, und mit der Bremse werden Sie jetzt bequem fertig ...“

Kreises. Diesmal brachte er es auf 18,2 Prozent und fiel durch.

Die Wähler im württembergischen Wahlkreis Aalen dagegen gingen ihren eigenen Weg zur Bildung politischer Eliten und haben sich keineswegs daran gestört, daß der CDU-Kandidat ihres Wahlkreises, Dr. Rudolf Vogel, 1940 bekannt hatte: „Es ist im Parlamentarismus so üblich, daß Börsenschieber und Abgeordnete als Ministerpräsidenten das Land ins Verderben reiten dürfen, um dann mir nichts, dir nichts mit Hilfe eines Flugzeugs sich über den Ozean nach USA in Sicherheit zu bringen“ (SPIEGEL 33/1953). Trotz dieser Ansichten über das, was im Parlamentarismus üblich ist, konnte Rudolf Vogel 60,5 Prozent der Erststimmen seines Kreises auf sich vereinen, während er es 1949 nur auf 52,9 Prozent gebracht hatte.

Die Wähler der CDU in Flensburg haben sich ebenfalls nicht dadurch angefechten lassen, daß der christlich-demokratische Wahlkreiskandidat Will Rasner 1949 aus der Kirche austrat und drei Jahre konfessionslos gewesen war (SPIEGEL 35/1953). Er bekam, da angesichts der nahen dänischen Grenze auch FDP, DP und BHE seine Wahl unterstützten, 59,6 von Hundert aller Erststimmen im Wahlkreis.

Der Vertriebenen-Anführer Linus Kather hat sich völlig umsonst große Sorgen wegen seines unsicheren 16. Platzes auf

der nordrhein-westfälischen Landesliste der CDU gemacht (SPIEGEL 36/1953). Selbst wenn er erst an 32. Stelle der Landesliste gestanden hätte, wäre er noch gewählt worden.

Des Bundesernährungsministers Wilhelm Niklas intensive Bemühungen, im Wahlkreis Würzburg als Kandidat für die CSU rennen zu dürfen (SPIEGEL 31/1953), haben zu keinem Erfolg geführt. Aus gesundheitlichen Gründen, so ließ der Minister verlauten, habe er sich — genau so wie sein Kabinettskollege Dr. Lehr — überhaupt nicht erst zur Wiederwahl gestellt.

Gar nicht zu einer neuen Kandidatur kam auch der Bayernpartei-Politiker Franz Xaver Meitinger. Meitinger hatte dem CSU-Landesvorsitzenden vergeblich das Angebot seines Übertritts zur CSU unterbreitet, wenn man ihm dafür seine Aufstellung als CSU-Kandidat zusichere (SPIEGEL 27/1953).

Er hatte ein hektographiertes Dementi dieser Tatsache an die Mitglieder des Deutschen Bundestages verteilen lassen, das ihm nicht recht geglaubt wurde. Kurz darauf erklärte er plötzlich und unerwartet seinen Austritt aus der Bayernpartei, und zwar mit der Begründung, ein Blick in die Akten des SPIEGEL-Ausschusses — der über zwei Jahre vorher getagt hatte — habe ihn belehrt, daß in der Bayernpartei seines Bleibens nicht mehr sein könne.

Ähnlich spröde wie sich die CSU zu Meitinger verhielt, taten es die bayerischen Wählermassen zu Heinrich Hellweges Deutscher Partei Bayern. Es hat nichts genützt, daß der Bundesminister sich persönlich um den ehemals königlich bayerischen Prinzenzerzieher Professor Hermann Bauer bemüht hatte und daß dieser alte

Deutschnationale, der im Bayern der Weimarer Republik eine wichtige Rolle gespielt hatte, schließlich den Vorsitz der Deutschen Partei Bayern übernahm (SPIEGEL 22/1953). Nur 0,9 Prozent der Wähler innerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle konnten sich entschließen, der dritten Bonner Regierungspartei zu vertrauen.

Die Hoffnung des Amtes Blank, eine Handvoll ehemaliger Generale würde in den Bundestag einziehen und den Wehrdebatten höheres Niveau als bisher verleihen (SPIEGEL 30/1953), hat sich nicht erfüllt. Panzergeneral a. D. Hasso von Mantuffel (FDP) und Vizeadmiral a. D. Heye (CDU) werden die einzigen hohen Militärs im zweiten Deutschen Bundestag sein.

Der CSU-Kandidat Dr. Richard Jaeger und sein Wahlkreisgegner Georg Kahn-Ackermann, die während des Wahlkampfes gemeinsame Wählerversammlungen veranstaltet hatten (SPIEGEL 28/1953), haben den Lohn ihrer guten Tat geerntet. Jaeger wurde mit der Hälfte aller Stimmen im Wahlkreis gewählt, und Kahn-Ackermann brachte es auf rund ein Fünftel. Die praktische Einrichtung der Landesliste, auf deren 24. Platz der Sozialdemokrat stand, hat aber auch ihn zum Erfolg geführt.

Nun können sich die beiden im Bundeshaus wieder die Hände schütteln.